

Voranschlag 1998

Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 24.11.1997

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

In Anwesenheit des Finanzchefs, Herrn Stadtrat Christoph Luchsinger, und der einzelnen Abteilungschefs, jeweils zu ihren Abteilungen, beriet die Kommission die Vorlage Nr. 1402.

Ein Nichteintretensantrag wird nicht gestellt, **Eintreten auf die Vorlage** erscheint somit **beschlossen**.

Der unterbreitete Voranschlag 1998 schliesst in der **Laufenden Rechnung** mit einem Fehlbetrag von Fr. 96 550.– ab. Der Voranschlag basiert auf einem unveränderten Steuereffuss von 75% des kantonalen Ansatzes.

Vergleich Voranschlag 1998 mit Voranschlag 1997:

Der finanzwirksame Aufwand steigt gegenüber dem Vorjahresbudget um Fr. 2 295 000.– oder 1,8%, während der finanzwirksame Ertrag um Fr. 2 275 000.– zunimmt. Beim Vergleich nach Sachgruppen ergeben sich auf der Aufwandseite grössere Abweichungen beim Sachaufwand (+Fr. 1 116 000.– oder 4,8%), bei den Abschreibungen (+Fr. 2 321 000.– oder 19,7%) und bei den eigenen Beiträgen (+Fr. 1 123 000.– oder 4,5%).

Die **Investitionsrechnung** rechnet bei Ausgaben Fr. 34 459 000.– und Einnahmen von Fr. 2 610 000.– mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 31 849 000.–. Für die Eigenfinanzierung ergibt sich folgendes Bild:

Nettoinvestitionen:	Fr. 31 849 000.–
Eigenfinanzierung:	<u>Fr. 9 745 794.–</u>
Finanzierungsfehlbetrag	Fr. 22 103 206.–

Dieser Fehlbetrag muss aus liquiden Mitteln oder durch Aufnahme von Fremdkapital finanziert werden.

Generell befürwortet die Geschäftsprüfungskommission realistischere Annahmen des Stadtrates bei seinen Budgetierungszielen. So war ein ins Auge gefasster Eigenfinanzierungsgrad von mindestens 75% auch unter Berücksichtigung des Finanzplanes 1997–2001 (30%) utopisch. Die Aussage, die Beiträge an den öffentlichen Verkehr seien rückläufig, erscheint etwas gewagt: Durch verminderte Entnahmen aus Spezialfinanzierungen erhöhen sich diese Beiträge nämlich netto.

Zu den einzelnen Abteilungen:

Präsidialabteilung

Die geplante Schaffung einer Fachstelle für Kultur gab zu längeren Beratungen Anlass. Bereits an ihrer Personalsitzung im September befasste sich die Kommission mit der neuen Stelle (80%Pensum, Fr. 100 000.-). Sie hat schon damals signalisiert, dass sie die neue Stelle ohne zusätzliche Informationen nicht bewilligen kann. Verlangt wurde insbesondere eine Stellenbeschreibung. Aufgrund eines Stadtratsbeschlusses wurde der Kommission lediglich Einsicht in die entsprechenden Unterlagen angeboten. Mit einigem Befremden musste sie zur Kenntnis nehmen, dass die benötigten Unterlagen im Bericht «Kulturpolitik der Stadt Zug», der ihr an der Sitzung wenige Minuten vor der Abstimmung ausgehändigt wurde, und der inzwischen auch allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zugestellt wurde, enthalten sind. Der erwähnte Bericht war bereits zuvor öffentlich und frei zu erwerben. Gemäss den Vorstellungen des Stadtrates bedeutet die neue Stelle eine Entlastung für die Stadtverwaltung, zum Beispiel bei der Bearbeitung von Beitragsgesuchen durch die Finanzabteilung. Weiter sei vorgesehen, dass die Stelle die verwaltungsinterne Koordination in kulturellen Fragen übernehme. Sie werde zur zentralen Auskunftsstelle im Bereich Kultur und fördere kulturelle Initiativen. Neben der Umsetzung der Kulturpolitik gehe es vor allem um die fachliche Beurteilung von Gesuchen. In einer vom Grossen Gemeinderat überwiesenen Motion wurde die Schaffung einer städtischen Kulturkommission verlangt. Im Bericht wird nun die professionelle Beurteilung der kulturellen Bestrebungen gefordert. Weiter soll das Verhältnis zwischen Kulturschaffenden und der Stadt verbessert werden. Das jetzige System ist personengebunden und sollte institutionalisiert werden. Da die Beiträge jährlich mehr als Fr. 2 Mio. betragen, rechtfertige sich eine professionelle Beurteilung. In der Kommission wird die Ansicht vertreten, die Kulturpolitik der Stadt Zug sei gut und griffig. Die Kulturschaffenden leisten gute Arbeit. Die Beiträge sind unter der Finanzabteilung übersichtlich dargestellt. Nach gewalteter Diskussion beschliesst die Geschäftsprüfungskommission mit 4:3 Stimmen, zu **beantragen, die neue Stelle sei nicht mit dem Voranschlag zu bewilligen.**

Gemäss Auskunft des Stadtpräsidenten Othmar Romer kann unter Konto 107/436.01, Rückerstattung Mandatsträger, der Ertrag um Fr. 10 000.- erhöht werden.

Zu den Ausgaben im Zusammenhang mit den Jubiläen 150 Jahre Bundesstaat und 200 Jahre Helvetik erhält der Grosse Gemeinderat eine separate Vorlage.

Bei den Telefonkosten fehlt nach wie vor die versprochene Weisung über das Telefonieren. Obwohl bekannt ist, dass die Telefonkosten um rund 20% fallen, wird der Aufwand gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig korrigiert.

Neu soll beim Rechtsdienst wieder eine Praktikantenstelle geschaffen werden. Es gehört zur Aufgabe der Stadt, solche Möglichkeiten anzubieten. Unter dem gleichen Konto ist ein Betrag von Fr. 48 000.- für die Weiterbeschäftigung von Lehrlingen sowie Aushilfen im Personalamt enthalten.

Finanzabteilung

Zur neu beantragten Stelle eines betriebswirtschaftlichen Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin ist die Geschäftsprüfungskommission positiv eingestellt. Sie erhofft sich davon eine Stärkung der Abteilung bei der Überprüfung bestehender und neuer Aufgaben wie auch bei Anträgen auf Stellenplanerweiterungen. Die neue Stelle sollte auch beratend bei organisatorischen Problemen und bei Projektablaufen eingesetzt werden können.

Zur Abgrenzung der Aufgabenbereiche der neuen Stelle zum bisherigen Controller hätte sich die Kommission eine Arbeitsbeschreibung auch dieser Stelle gewünscht. Nach Auskunft des Finanzpräsidenten ist der jetzige Controller durch interne und externe Finanzrevisionen und durch die Leitung der EDV-Abteilung weitgehend ausgelastet. Zur Beurteilung der neuen Stelle hat die Kommission noch ein Organigramm der Finanzabteilung mit Angaben zu Aufgaben, Kompetenzen und Unterstellung auf ihrem Wunschzettel. Offene Fragen bestehen auch in bezug auf das System des Qualitätsmanagements. Die Kommission erhofft sich schliesslich, dass sie die neue Stelle selbst rechtfertigen kann, ähnlich wie die positiven Auswirkungen der Stelle des Stadtkölogogen. Die Geschäftsprüfungskommission **beantragt, die neue Stelle mit dem Voranschlag zu bewilligen.**

Bei den Liegenschaften wird die durch eine externe Vergabe vorgenommene Schätzung des Finanzvermögens im laufenden Jahr abgeschlossen. Zusammen mit der Schätzung werden auch die Mietzinse überprüft. Im Jahre 1998 müssen noch Schätzungen von Liegenschaften vorgenommen werden, die im Zusammenhang mit der Stadtplanung vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen wechseln. Über die Ergebnisse wird der Grosse Gemeinderat im Rahmen einer Bilanzbereinigungsvorlage informiert.

Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr sind nach wie vor sehr hoch. Vor allem bei den Ortsbussen besteht ein Handlungsbedarf. Es sollten Konkurrenzofferten eingeholt werden.

Das Konto «Tagesheime» hat einen Sperrvermerk, da zum Thema familienergänzende Kinderbetreuung dem Grossen Gemeinderat eine separate Vorlage unterbreitet wird.

Schulabteilung

Die zusätzlichen Kosten für eine neue Klasse unter Kostenstelle 336, Integrationskurs, werden voll durch den Kanton übernommen.

Die Musikschule wird sich im Internet vorstellen. Es handelt sich um ein Pilotprojekt für Kanton und Stadt Zug. Der Zugriff erfolgt über die kantonale Homepage, und die Kosten sind deshalb sehr günstig.

Im Zusammenhang mit der Zunahme der Energiekosten haben Abklärungen ergeben, dass diese auf den Neubau des Schulhauses Oberwil, auf den Anteil der neuen Turnhalle in Oberwil zurückzuführen sind. Gegenüber der Rechnung 1996 ist das Hallenbad Loreto wieder voll in Betrieb.

Bauabteilung

Beim Werkhof verlangte die Geschäftsprüfungskommission Begründungen für den Mindererlös aus Leistungen für Dritte. Abklärungen haben nun ergeben, dass die Leistungen des Werkhofes für Dritte reduziert werden sollen. Deshalb wurde bei den Einnahmen etwas geringer budgetiert (Fr. 290 000.- statt Fr. 310 000.-). Unter den Leistungen für Dritte wurden sowohl die Einnahmen für die Arbeitsstunden wie auch für Fahrzeugstunden verbucht.

Mit der Ausgliederung der Garage/Werkstatt zum neuen Konto 431 wurden auch die Einnahmen aufgeteilt: Fr. 220 000.- für Arbeitsstunden unter Konto 430/434.01 und Fr. 70 000.- für Fahrzeugstunden unter Konto 431/434.01. Dieser zweite Posten wurde allerdings vergessen und sollte nachgetragen werden, **neu also Konto 431/434.01 Einnahmen Fr. 77 000.- statt Fr. 7 000.-.**

Verlangte Abklärungen betreffend Tellenörtli haben ergeben, dass die Sanierung, die ursprünglich 1996 vorgesehen war, aus verschiedenen Gründen auf 1997 verschoben werden musste (Minderausgaben Konto 422/314.02). Die Ausgaben von ca. Fr. 200 000.– sind im Budget 1997 enthalten und sollen auch zu Lasten der Rechnung 1997 ausgeführt werden. Dazu wird ein Kreditübertrag notwendig sein, da der Stadtrat die Arbeitsvergebungen erst am 25.11.1997 vornehmen konnte.

Sicherheitsabteilung

Auch in dieser Abteilung beantragt der Stadtrat eine zusätzliche Stelle und zwar müssen Pendenzen abgebaut und vermieden werden, um den gesetzlichen Vorschriften bei der Feuerschau nachzukommen. Die Stadt Zug sei seit den frühen 80er Jahren im Verzug. Mit der personellen Verstärkung sei zugewartet worden, bis das neue Feuerschutzgesetz in Kraft sei. Dieses habe Änderungen bezüglich der Kontrollintervalle gebracht. Diese ergeben für die Stadt Zug 82 jährlich zu kontrollierende Gebäude, 1 302 Gebäude mit zweijähriger Prüfung und 3 487 Gebäude mit sechsjähriger Prüfung. Ein Vergleich mit der Gebäudeversicherungssumme ergebe, dass die Gemeinden Baar und Cham mit einer Summe von 3,8 Milliarden bzw. 2,6 Milliarden zusammen 4 Feuerschauer einsetzen, während Zug mit 6,45 Milliarden derzeit nur über 2 Feuerschauer verfüge. Dem wird entgegengehalten, dass kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Versicherungssumme und der Kontrolltätigkeit bestehe. Durch die neuen Prüfungsintervalle sollte der Aufwand mittelfristig abnehmen. Optimierungspotential besteht auch beim Ablauf der Kontrollen. Zuerst sollten die Pendenzen abgebaut werden, evtl. auch mit befristeten Anstellungen, und dann kann festgestellt werden, ob eine dreifache Besetzung notwendig ist. Wichtig ist die Kontrolle der Neubauten. Der Feuerschauer kontrolliert dabei Pläne, alle elektrischen Anschlüsse, Cheminées, Heizungen, technische Anlagen (Klima, Lüftung usw.) und Brandschutzanlagen. Entscheidend war die Überlegung, dass es unverständlich ist, dass für weniger Kontrollen mehr Personal eingesetzt werden soll. Nach gewalteter Diskussion beschliesst die Geschäftsprüfungskommission mit 5:2 Stimmen, zu **beantragen, die neue Stelle sei nicht mit dem Voranschlag zu bewilligen.**

Beim Jahresziel der Feuerwehr «Erarbeiten eines Strategie- und Optimierungsprojektes» geht es darum, abzuklären, ob das Corps allenfalls um 50 Personen reduziert werden kann. Die FFZ hat teilweise Rekrutierungsprobleme. Es wird geprüft, ob Übungen der Löschzüge zusammengelegt werden können.

Betreffend die Zusammenarbeit Stadtpolizei/Kantonspolizei wird dem Grossen Gemeinderat im März 1998 eine Kreditvorlage (Fr. 165 000.–) unterbreitet.

Das Konto 552/314.01 ist im Voranschlag zweimal aufgeführt, jedoch nicht doppelt gerechnet.

Das Investitionskonto 501/501.01 ist falsch bezeichnet. Anstelle von «Parkraumbewirtschaftung» muss es heissen «*Infrastrukturaufgaben für Fussgänger/Velofahrer*».

Sozial-, Gesundheits- und Umweltabteilung

Im Bereich Sozialausgaben wurden verschiedene Konti neu definiert. Zum Beispiel werden die Therapiekosten brutto ausgewiesen. Das Konto 625/361.04 hat die Bezeichnung «*Arbeitslosenhilfe*» und nicht «*Arbeitslosenprojekte*».

Im Jahre 1997 werden von der Abteilung rund 300 Sozialfälle registriert. Die Anzahl der Fälle ist weiterhin zunehmend.

Ein handlungsorientierter Umweltbericht wird dem Grossen Gemeinderat unterbreitet.

Trotz ZEBA wird die Entsorgung immer teurer. In der Rechnung der Stadt sind nur noch Nettoszahlen aufgeführt. Die Leistungen des Werkhofes werden vollumfänglich dem Verband verrechnet. Die Erträge, zum Beispiel für Altpapier, sind grossen Schwankungen unterworfen.

Die SGU-Abteilung bereitet eine GGR-Vorlage zu Beschäftigungsprojekten vor.

Die Geschäftsprüfungskommission **beantragt** Ihnen, **auf die Vorlage 1402 einzutreten, und dem Voranschlag 1998 unter Berücksichtigung der entsprechenden Korrekturen und Anträge zuzustimmen.**

für die Geschäftsprüfungskommission

Zug, 3. Dezember 1997

Paul Tschudi, Präsident